

Montag, 15. Februar 2021

Nachfolgend der halbmonatliche **Medienfilter** des Verbandes kommunaler Unternehmen Österreichs (VKÖ) mit aktuellen Nachrichten aus europäischer Politik und Gesetzgebung. In dieser Ausgabe werden folgende Themenbereiche behandelt:

[Wirtschaft, Finanzen und Binnenmarkt](#)

[Soziales, Bildung und Beschäftigung](#)

[Gesundheit](#)

[Medien und Kommunikation](#)

[Energie](#)

[Umwelt und Verkehr](#)

Ebenso finden sie hier die neuesten **News aus unseren Dachverbänden**:

[Internationale Dachverbände des VÖWG](#)

Diese und die folgenden Ausgaben sind mit der **Legislativvorschau** des Verbandes kommunaler Unternehmen Österreichs (VKÖ) ergänzend!

Viel Spaß bei der Lektüre!

Die Schlagzeile der Woche

Ein neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft!

Die [Entscheidung](#), die am 09.02.2021 mit 574 Stimmen bei 22 Gegenstimmen und 95 Enthaltungen angenommen wurde, ist eine Antwort auf den „[Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft](#)“ der EU-Kommission. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (MEPs) forderten schärfere Recyclingziele sowie verbindliche [2030-Ziele bei der Verwendung und dem Verbrauch von Materialien](#). Die MEPs sprachen sich für eine CO2-neutrale, nachhaltige und schadstofffreie [Kreislaufwirtschaft bis spätestens 2050](#) aus. Ihr Bericht ist die Antwort des Parlaments auf den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen neuen [Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft](#).

Internationale Dachverbände des VKÖ

Wasserstoff – Herausforderung und Chance für lokale Energieunternehmen

Die Partnerorganisation CEDEC sieht ein großes Potenzial in innovativen gasbezogenen Technologien, die die Produktion und Nutzung verschiedener Formen von nachhaltigen Gasen beinhalten. Bei Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien können die [Moleküle dem Ziel der Klimaneutralität](#) dienen. Deshalb hielt CEDEC fest, dass es wichtig ist, zu untersuchen, wie diese bestehenden Netze optimal genutzt werden können, um das Energiesystem auf effiziente Weise zu entwickeln. Unter Berücksichtigung der lokalen und regionalen Gegebenheiten, können Synergien zwischen Energieprodukten und -infrastrukturen entwickelt werden, indem geprüft wird, wie sie sich gegenseitig ergänzen.

Wirtschaft, Finanzen und Binnenmarkt

Offenlegung im Finanzsektor – nachhaltig!

Am 04.02.2021 hat der [Gemeinsame Ausschuss der drei Europäischen Aufsichtsbehörden \(EBA, EIOPA und ESMA – ESA\) der Europäischen Kommission den Abschlussbericht](#) einschließlich des Entwurfs technischer Regulierungsstandards (RTS) über Inhalt, Methoden und Darstellung von Offenlegungen gemäß der EU-Verordnung über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungen im Finanzdienstleistungssektor (SFDR) vorgelegt. Der vorgeschlagene Entwurf soll den Schutz von Anlegern stärken, indem die Offenlegungen von Umwelt-, Sozial- und Governance -Daten (ESG) gegenüber Anlegern über die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen von Investitionsentscheidungen verstärkt werden.

EuGH: Auskunftsverweigerungsrecht iZm Insidergeschäften!

Der Europäische Gerichtshof entschied am 2.02.2021, dass eine natürliche Person, gegen die die Behörden wegen [Insidergeschäften](#) ermitteln, das Recht hat zu schweigen, wenn sich aus ihren Antworten ihre Verantwortlichkeit für eine mit Verwaltungsanktionen strafrechtlicher Natur bewehrte Zuwiderhandlung oder ihre strafrechtliche Verantwortlichkeit ergeben könnte. Das Recht zu schweigen könne allerdings nicht jede Verweigerung der Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden rechtfertigen; dies gelte etwa für die [Weigerung, zu einer Anhörung zu erscheinen, oder für eine Hinhaltetaktik](#).

Legislativvorschau - Wirtschaft

17. Februar 2021

Überprüfung der Handelspolitik, einschließlich der WTO-Reforminitiative

17. März 2021

Aktualisierung der neuen Industriestrategie für Europa

Kommunikation zur besseren Rechtsetzung

14. April 2021

Überprüfung der Richtlinie zur nichtfinanziellen Berichterstattung

Soziales, Bildung und Beschäftigung

Stärkere Zusammenarbeit im Bereich der Arbeit!

Am 04.02.2021 unterzeichneten die Europäische Union und die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) einen neuen Briefwechsel, der den Rahmen für ihre langjährige Zusammenarbeit, die 1958 begann, darstellt. Dies ist das [dritte förmliche Abkommen](#) nach den vorangegangenen Briefwechseln in den Jahren 1989 und 2001. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) und die Europäische Union haben ihre Zusammenarbeit verstärkt, um die **Zukunft der Arbeit** zu gestalten und **menschenwürdige Arbeit** zu fördern, auch im Zusammenhang mit der **Erholung nach der Coronavirus-Pandemie**.

Vierte Tranche des SURE-Instruments: 14 Mrd. EUR an neun Mitgliedstaaten!

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des SURE-Instruments für Kurzarbeit [die vierte Tranche zur finanziellen Unterstützung der Mitglieder](#) in Höhe von 14 Mrd. EUR an neun Mitgliedstaaten überwiesen. Dies ist die erste Auszahlung im Jahr 2021. Mit dieser Transaktion vom 2. Februar hat Belgien 2 Mrd. EUR, Zypern 229 Mio. EUR, Ungarn 304 Mio. EUR, Lettland 72 Mio. EUR, Polen 4,28 Mrd. EUR, Slowenien 913 Mio. EUR, Spanien 1,03 Mrd. EUR, Griechenland 728 Mio. EUR und Italien 4,45 Mrd. EUR erhalten. Alle neun Mitgliedstaaten hatten bereits 2020 über SURE im Rahmen einer der ersten drei Ausgaben und Auszahlungsmaßnahmen, die 2020 stattfanden, finanzielle Unterstützung erhalten. Nach den heutigen Auszahlungen sind aus dem SURE-Instrument insgesamt 53,5 Mrd. EUR an 15 Mitgliedstaaten geflossen. Genehmigt sind 90,3 Mrd. EUR. **Bis zu 100 Mrd. EUR können weitere Anträge gestellt werden.**

Legislativvorschau – Soziales

17. Februar 2021

Gemeinsame Mitteilung über die Stärkung des Beitrags der EU zum regelbasierten Multilateralismus

24. Februar 2021

Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Plattformarbeitern

03. März 2021

Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte
Verbindliche Maßnahmen zur Lohntransparenz
Strategie zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen

09. März 2021

Die humanitäre Hilfe der EU im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und darüber hinaus

24. März 2021

EU-Strategie für die Rechte des Kindes
Europäische Kindergarantie (Empfehlung)

21. April 2021

Mitteilung über den globalen Ansatz für Forschung, Innovation, Bildung und Jugend (Titel noch nicht festgelegt)

Gesundheit

Impfen in Österreich!

Der COVID-19-mRNA-Impfstoff „Comirnaty Konzentrat zur Herstellung einer Injektionsdispersion“ ist seit 21.12.2020 nach dem zentralen Zulassungsverfahren zur aktiven Immunisierung von Personen ab 16 Jahren zur Vorbeugung von COVID-19 durch das SARS-CoV-2-Virus zugelassen. Der Zulassungsinhaber ist die „BioNTech Manufacturing GmbH“, für den Vertrieb des Impfstoffes in Österreich ist die „Pfizer Corporation Austria Ges.m.b.H.“ zuständig. Aufgrund von konkreten Hinweisen wird davor gewarnt, dass gefälschter Impfstoff im Internet und direkt per Telefon zum Kauf angeboten wird. Detaillierte Informationen zu Ihrer weiteren Verwendung entnehmen Sie bitte der [Website des BASG](#).

Legislativvorschau – Gesundheit

In dieser Ausgabe sind keine voraussichtlichen Tagesordnungspunkte aus dem Bereich Gesundheit enthalten.

Umwelt und Verkehr

COVID-19-Maßnahmen für den Verkehrssektor!

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (ASTV) hat sich am 3. Februar auf das [Mandat des Rates der Europäischen Union](#) für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über die Erneuerung vorübergehender [Maßnahmen vom Mai 2020](#) geeinigt, um Verkehrsunternehmen sowie Bürgern zu helfen, die aufgrund der COVID-19-Maßnahmen nicht in der Lage sind, bestimmte Verwaltungsanforderungen zu erfüllen. **Bescheinigungen, Lizenzen oder Genehmigungen im Straßen-, Schienen- und Binnenschiffsverkehr sowie im Bereich der Gefahrenabwehr im Seeverkehr** sollen vorübergehend verlängert werden. Der Standpunkt des Rates sieht vor, Bescheinigungen, Lizenzen und Genehmigungen, deren Gültigkeit zwischen dem 1. September 2020 und dem 30. Juni 2021 abläuft, um zehn Monate zu verlängern.

Qualifikation und Schulung von LKW- und Busfahrern

Die Europäische Kommission stellte für die Zeitraum vom **3. Februar bis 31. März** den Vorschlag für eine Richtlinie über die Erstqualifikation und regelmäßige Schulung für den Betrieb bestimmter Straßenfahrzeuge, die Güter oder Personen befördern, zur Konsultation. Die Annahme erfolgt durch die Kommission.

Hier können Sie [ihren Input geben](#).

Legislativvorschau - Umwelt und Verkehr

24. Februar 2021

Neue EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel

31. März 2021

Aktionsplan für die Entwicklung des ökologischen Landbaus: auf dem Weg ins Jahr 2030

Medien und Kommunikation

Ein Zertifizierungssystem für 5G-Netze – Jetzt noch schneller sein!

Am 03.02.2021 hat die Europäische Kommission die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit ([ENISA](#)) damit beauftragt, ein **EU-Zertifizierungssystem für die Cybersicherheit von 5G-Netzen** auszuarbeiten. Es soll dazu beitragen, [Risiken im Zusammenhang mit technischen Schwachstellen der Netze zu beseitigen](#). Die Zertifizierung spielt eine entscheidende Rolle bei der Erhöhung des Vertrauens und der Sicherheit in digitale Produkte und Dienste – derzeit gibt es jedoch verschiedene Sicherheitszertifizierungssysteme für IT-Produkte, einschließlich 5G-Netze, in Europa. Ein einziges gemeinsames Zertifizierungssystem würde es den Unternehmen erleichtern, grenzüberschreitend zu handeln, und den Kunden, die Sicherheitsmerkmale eines bestimmten Produkts oder Dienstes zu verstehen.

Legislativvorschau – Medien

17. Februar 2021

Aktionsplan zu Synergien zwischen Zivil-, Verteidigungs- und Raumfahrtindustrie

24. Februar 2021

Überprüfung der Roaming-Verordnung

09. März 2021

Europe's Digital Decade: 2030 Digital Targets

21. April 2021

Follow-up zum White Paper über künstliche Intelligenz

Eine vertrauenswürdige und sichere europäische e-ID

Mitteilung zu den Forschungs- und Innovationsmissionen von Horizont Europa (tbc)

Energie

Konsultation: Methanemissionen im Energiesektor!

Die Europäische Kommission startete am **5. Februar eine bis 1. Mai laufende [Konsultation](#)** zu dem für das vierte Quartal 2021 geplanten Vorschlag für eine Verordnung [über neue Vorschriften zur Verhinderung des Austretens von Methan im Energiesektor](#). Angesichts der klimaschädlichen Wirkung von Methanemissionen entwickelt die Kommission derzeit eine EU-Strategie, mit der das Austreten von Methan im Energiesektor möglichst verhindert werden soll. Diese Strategie wird verbindliche Regeln zur Überwachung, Meldung, Überprüfung und Erkennung eines möglichen Methanaustritts sowie zu den erforderlichen Reparaturen im Energiesektor für 2021 enthalten.

Legislativvorschau – Energie

In dieser Ausgabe sind keine voraussichtlichen Tagesordnungspunkte aus dem Bereich Energie enthalten.

IMPRESSUM:

Verband kommunaler Unternehmen Österreichs
Geschäftsführung: MMag. Heidrun Maier-de Kruijff

Stadiongasse 6-8, A-1010 Wien

Telefon: +43-1-4082204

E-Mail: sekretariat@vkoe.at

Web: www.vkoe.at